



NIEDERSCHRIFT

über die 40. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 25.09.2018,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:41



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Georg Schmalz

Michael Schreiner

SPD

Dr. Christine Altstötter-Gleich

Sonja Baum-Baur

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

ab 18.09 Uhr TOP 4 ö.S.

Prof. Dr. Hannes Kopf

Rolf Kost

Florian Maier

Judith Neumann

Michael Scheid



Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm



Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Falk Pfersdorf	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Sandra Diehl	(Leiterin Pressestelle)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Rolf Morio

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Aydin Tas

Pfeffer und Salz

Jakob Wagner



Parteilos

Bertram Marquardt

AfD

Jürgen Sauer

Nicht entschuldigt

FDP

Jochen Silbernagel



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnungsordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat um Ergänzung der Tagesordnung um den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion "Mietwohnungsbauquote erhöhen" als neuen Punkt 7.2 sowie "Notwendige Besetzung von ausgeschriebenen Stellen" als neuen Tagesordnungspunkt 22 der öffentlichen Sitzung.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Der Vorsitzende begrüßte die Gruppe "Jugendbeteiligung" mit Frau Lisa Behret, die dem Rat ihre Arbeit und sich selbst vorstellten. Man sei eine Gruppe von etwa 10 Personen im Alter ab 14 Jahren, die sich alle zwei Wochen im Haus der Jugend treffe. Im Moment gehe es darum, sich bekannt zu machen. So habe man ein eigenes Logo entwickelt. Zur Zeit überlege man, in welcher Struktur es weitergehen könne. Um zu wissen, was die Jugendlichen wollen, habe man an den Landauer Schulen eine Umfrage durchgeführt. Die Zufriedenheit mit Landau liege bei den Jugendlichen zwischen 2 und 3, dies sei ein recht guter Wert. Geplant sei, Landau jugendfreundlicher zu machen. Man werde ein Jugendforum veranstalten, um sich mit Jugendlichen über Probleme und Ziele auszutauschen. Ebenso werde man eine Satzung erarbeiten und es sei der Wunsch, einen Sitz im Jugendhilfeausschuss zu bekommen und auch zu jugendpolitischen Themen im Stadtrat gehört zu werden.

Es bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2018 mit Nachtragshaushaltsplan und Nachtragsstellenplan sowie 1. Nachtragswirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau
Vorlage: 240/084/2018
- 2.1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2017
Vorlage: 820/249/2018
- 2.2. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan - Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung
Vorlage: 240/085/2018
3. Bericht des Beirates für Migration und Integration
4. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Errichtung einer Schulmensa bei der Berufsbildenden Schule Landau
Vorlage: 101/436/2018



5. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Übernahme der Überwachung des fließenden Verkehrs
Vorlage: 101/437/2018
6. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Einführung elektronisches Parkleitsystem
Vorlage: 101/438/2018
7. Quotierungsrichtlinie
- 7.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erhöhung der Quotierungsrichtlinie
Vorlage: 101/439/2018
- 7.2. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Mietwohnungsbauquote erhöhen
Vorlage: 101/440/2018
8. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 100/259/2018
9. Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 100/260/2018
10. Wahl einer ehrenamtlichen Richterin bzw. Richters des Obergerichtes Rheinland-Pfalz
Vorlage: 100/261/2018
11. Aufstellung einer Kostenordnung für das Dorfgemeinschaftshaus Wollmesheim, Wollmesheimer Hauptstraße 13, 76829 Landau in der Pfalz
Vorlage: 240/082/2018
12. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)
Vorlage: 300/144/2018
13. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 860/386/2018
14. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“: Fortführung der Quartiersentwicklung mit Baugemeinschaften im „Wohnpark Am Ebenberg“ als zweistufiges Ankernutzerverfahren auf dem Baufeld 15
Vorlage: 610/521/2018
15. Bebauungsplan „A 15, Reitschulgasse“; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/522/2018
16. Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans „A 15, Reitschulgasse“ der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/523/2018



17. Ausweisung des Sanierungsgebiets „Rosenplatz“ - Satzungsbeschluss
Vorlage: 610/525/2018
18. Initiative „Landau baut Zukunft“; Bebauungsplan „WH 4, An den Finkenwiesen“ in Wollmesheim, Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/526/2018
19. Jahresabschluss 2017 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb
Vorlage: 820/248/2018
20. Zukunft Erfassung Leichtverpackungen in Landau; Einführung einer gelben Tonne
Vorlage: 860/387/2018
21. Vorsorgekonzept Starkregen und Gewässerüberflutung
Vorlage: 860/399/2018
22. Notwendige Besetzung von ausgeschriebenen Stellen
Vorlage: 110/079/2018
23. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner fragte nach dem Ideenwettbewerb zur "Marke Landau" und wollte wissen, wer über die Vorschläge entscheide.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies der Vorstand des Stadtmarketingvereins entscheiden werde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

1. Nachtragshaushaltssatzung 2018 mit Nachtragshaushaltsplan und Nachtragsstellenplan sowie 1. Nachtragswirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 29. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er hielt zunächst seine Haushaltsrede. Der Nachtragshaushalt diene lediglich dazu, nachzusteuern. Es sei kein Raum für eine Grundsatzdebatte. Man stelle sich den Herausforderungen, die man ökologisch und ökonomisch nachhaltig angehe. Landau sei Schwarmstadt, deren Herausforderungen beispielsweise bei der Schaffung von Wohnraum man sich stellen müsse. Weitere Herausforderungen seien der demographische Wandel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Integration und Pflege. Hinzu kämen ökologische Themen wie der Starkregen, der Klimaschutz und Klimaanpassung sowie die Fragen der Mobilität in unserer Stadt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien sehr gut. Dennoch müsse man ein strukturelles Defizit im Haushalt ausweisen. Trotzdem schaffe man es, 27 Millionen Euro an städtischen Investitionen auszugeben. Dies alles sei Anlass zur Freude über die positive Entwicklung der Stadt. Es ergebe sich eine Ergebnisverbesserung von 3,7 Millionen Euro, was den Fehlbetrag auf jetzt noch 8,5 Millionen Euro verbessere. Diese erfreuliche Haushaltsentwicklung habe es ermöglicht, dass man Liquiditätskredite deutlich zurückführen konnte. Dennoch sei ein Haushaltsausgleich nach wie vor nicht möglich. Auch das neue Finanzausgleichsgesetz werde nicht die erhoffte Verbesserung bringen. Ursächlich seien weiter die hohen Belastungen im Jugend- und Sozialetat, in dem man von 71,5 Millionen Euro 42,4 Millionen selbst tragen müsse.

Als kleines ökologisches Signal könne man es ab 1. Dezember 2018 ermöglichen, dass Elektroautos kostenfrei in Landau parken können. In den nächsten Monaten werde es aber nicht weniger anstrengend als bisher. Man habe immer noch das große Thema der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes. Immer wieder müsse man schauen, wie man verschiedene Dinge effizient zusammenbringen könne.

Die schon in wenigen Tagen beginnenden Beratungen für den Haushalt 2019 würden mit Sicherheit nicht einfacher werden. Er danke allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich vielfältig einbringen und er danke den Mitgliedern des Rates und der Ausschüsse für ihr Engagement und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ein konsequentes und geräuschloses Arbeiten.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass die Verbesserung der Erträge allein mit 6 Millionen Euro mehr an Gewerbesteuer einhergehe. Wenn man diesen zusätzlichen Spielraum nicht hätte, müsste man bei Kita's, Schulen, Streetworker oder Schulsozialarbeit sparen. Wiederum würden die Aufwendungen im Bereich Jugend und Soziales steigen. Ursachen seien die üblichen Steigerungen der Kosten und Tarife, aber hauptsächlich, dass das Land die Kommunen im Stich lasse. Alleine mit dem neuen Kindertagesstättengesetz würde eine Welle von zusätzlichen Kosten auf die Kommunen zurollen. Trotzdem tätige man wieder eine große Zahl an Investitionen, so sei Landau Vorreiter im Bereich Wohnungsbau und bei den Kindertagesstätten.

Das Gebäudemanagement habe ein üppiges Arbeitsfeld und bekomme nun mit der Wohnungsbaugesellschaft noch eine neue Aufgabe hinzu. Dass man jetzt endlich auf dem Weg sei, sei dem Engagement des Oberbürgermeisters zu verdanken. Eine große Leistung des GML sei es gewesen, innerhalb von drei Wochen die Förderung des Kunstrasenplatzes von Landes- auf Bundesförderung umzustellen. Dies deshalb, weil das Land den Bau von Kunstrasenplätzen untersage, die nicht für den Schulsport seien. Sein Dank gehe an das gesamte Team des Gebäudemanagements.



Landau sei trotz aller Schwierigkeiten immer noch die am geringstverschuldete kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass die grundsätzlichen politischen Weichen bereits mit der Verabschiedung des Haushaltes im letzten Dezember gestellt worden seien. Der Nachtragshaushalt enthalte nur wenige komplett neue Maßnahmen. Eine sei der Geländeankauf für das muslimische Gräberfeld. Dies sei für die SPD-Stadtratsfraktion ein wichtiges Zeichen der Integration.

Wohnen sei die zentrale Frage unserer Zeit. Hier gehe die Stadt die Herausforderungen entschlossen, aber mit Vernunft und Augenmaß an. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt ebenfalls zu.

Ratsmitglied Hartmann gestand zu, dass es eine positive Entwicklung in diesem Haushalt gebe. Dies hänge mit der Gesamtentwicklung zusammen, aber auch mit einer Reihe von Neuansiedlungen. Nichtsdestotrotz hätte man Flächenpotentiale anders nutzen können. Bündnis 90/Die Grünen hätten ein Problem mit dem Flächenverbrauch. Interessant sei, dass das strukturelle Defizit auf 2,6 Millionen Euro sinke. Würde man wie die Stadt Ludwigshafen die Gewerbesteuer um 20 Punkte erhöhen, könnte man in einem Jahr die Hälfte des strukturellen Defizits ausgleichen. Ein strukturell ausgeglichener Haushalt würde uns Freiheiten geben selbst zu entscheiden, was man tun wolle. Die Kreditgrenze von 4 Millionen Euro sei ein Problem hinsichtlich der Investitionen. Diese Kreditgrenze könne die ADD aber nur mit dem strukturellen Defizit des Haushalts begründen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Für den Haushalt 2019 bleibe die große Frage, ob es eine Ratsmehrheit gebe, die einen ausgeglichenen Haushalt wolle um mehr in die wichtigen Dinge der Stadt investieren zu können.

Ratsmitglied Freiermuth stellte fest, dass dieser Nachtragshaushalt eigentlich eine angenehme Geschichte sei. Das Grundproblem seien wie in jedem Jahr die Pflichtausgaben. Mit einer Erhöhung der Steuern mache man es sich zu einfach. Man müsse bedenken, dass 20 Punkte mehr Gewerbesteuer mancher Firma weh tun würden. Kritisch sehe die FWG-Stadtratsfraktion das kostenlose Parken für Elektroautos. Große Ausgaben, die auf uns zukommen, seien Landau baut Zukunft und das Gewerbegebiet D 12. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass der Nachtragshaushalt viele sinnvolle Anpassungen habe. Dennoch lehne die Pfeffer- und Salz-Stadtratsfraktion den Nachtragshaushalt ab. Ein ganz wesentlicher Punkt hierbei sei der große Flächenverbrauch für das Projekt Landau baut Zukunft. Diese Gebiete seien weder ökologisch noch ökonomisch vertretbar. Weiter habe man auch andere Vorstellungen bei der Obdachlosenunterkunft in der Containersiedlung. Das Konzept mit nur einem Streetworker sei nicht ausreichend. Positiv sei, dass das Gebäudemanagement jetzt auch investiv tätig werde, um sozialen Wohnraum zu schaffen. Sie denke, dass man vielleicht gar keine eigene Wohnungsbaugesellschaft brauche, da das GML dies bewältigen könne.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

A) den 1. Nachtragshaushalt 2018, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:



1. im Ergebnishaushalt	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	144.405.758 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>152.921.942 €</u>
Jahresfehlbetrag	-8.516.184 €
2. im Finanzhaushalt	
die ordentlichen Einzahlungen auf	137.642.753 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>140.225.014 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein-und Auszahlungen	-2.582.261 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein-und Auszahlungen	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	6.748.137 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>20.688.852 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	-13.940.715 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	17.683.176 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>1.160.200 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	16.522.976 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	162.074.066 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>162.074.066 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0
3. Verpflichtungsermächtigungen	11.662.080 €
4. über den 1. Nachtragsstellenplan 2018	
5. die Verbindlichkeit der Finanzplanungsjahre 2019 – 2021	



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2017

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 27. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2018 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz und den nachfolgenden Zahlen:

Erfolgsplan:	
Erträge	14.378.500,00 EURO
Aufwendungen	16.406.250,00 EURO
Differenz	- 2.027.750,00 EURO

Vermögensplan:	
Einnahmen	11.589.950,00 EURO
Ausgaben	11.589.950,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2018 wird festgesetzt auf 3.923.200,00 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) bleibt unverändert und wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2019 bis 2021 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

Wirtschaftsjahr 2019: 6.489.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in folgender Höhe aufgenommen werden:

Wirtschaftsjahr 2019: 3.232.500,00 EURO

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung für die Stadt Landau in der Pfalz.

c) Der Stadtrat stimmt der Stellenübersicht mit den Veränderungen, u. a. Erhöhung von 2 Stellen für das technische Gebäudemanagement, zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.2. (öffentlich)

1. Nachtragshaushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan - Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Kämmereiabteilung vom 18. September 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Bericht des Beirates für Migration und Integration

Der Vorsitzende begrüßte den Vorsitzenden des Beirates für Migration und Integration, Herrn Orhan Yilmaz und die stellvertretende Vorsitzende, Frau Irene Haritonov.

Herr Yilmaz wies darauf hin, dass man den Bericht den Ratsmitgliedern vorab schriftlich zur Verfügung gestellt habe. Frau Haritonov werde nun noch einige Erläuterungen hierzu geben.

Frau Haritonov betonte, dass Ziel und Aufgabe des Beirates sei, dass in der Stadt Landau viele Menschen aus vielen Nationen gut zusammenleben können.

Viele Veranstaltungen führe der Beirat traditionell jährlich durch, wie beispielsweise die Internationalen Wochen gegen Rassismus jeweils im März. Das aufgehängte Banner am Rathaus solle dabei ein Zeichen gegen Rassismus setzen. Im Jahr 2016 habe man eine Malaktion im Altstadtkindertreff durchgeführt, die Bilder seien im Foyer des Rathauses ausgestellt worden. Sehr aktiv sei man beim Integrationskonzept, an dem man sehr engagiert mitarbeite, Jedes Jahr gebe es auch das Landauer Multi-Kulti-Fest. Das Fest habe das besondere Anliegen, dass sich Menschen unterschiedlichster Kulturen begegnen können. Vorurteile würden sich nur durch Begegnungen abbauen lassen. Das Jahr 2019 werde das letzte Jahr des Beirates in der laufenden Wahlperiode. Ein großes Ziel sei es, dass der nächste Beirat sehr gut aufgestellt sei. Hierzu brauche man Kandidaten, die bereit seien sich zu engagieren.

Der Vorsitzende dankte dem Beirat für sein Engagement, dass man für die Gesellschaft in Landau einbringe. Dies ermögliche ein friedliches Miteinander der verschiedenen Kulturen in Landau.

Ratsmitglied Burgdörfer bedankte sich für die CDU-Stadtratsfraktion beim Beirat für die geleistete Arbeit. Die Arbeit des Beirates stehe für die Haltung in der Stadt im allgemeinen. Das Zusammenleben der Kulturen in der Stadt müsse gemeistert werden. Man danke dafür, dass Räume und Begegnungen geschaffen würden, in denen sich Menschen treffen können.

Ratsmitglied Dr. Altstötter-Gleich erklärte, dass der Beirat mit seiner Arbeit Integration im besten Sinne fördere. Der Beirat vermittele Kommunikation statt Konfrontation und er nehme die verschiedensten Generationen mit. Die SPD-Stadtratsfraktion danke ausdrücklich für dieses Engagement.

Ratsmitglied Maroc betonte, dass sie Teil dieses Beirates sei, in dem eine wundervolle Atmosphäre herrsche. Der Beirat sei geprägt von Weltoffenheit und Multikulturalität.

Ratsmitglied Freiermuth stellte fest, dass die Arbeit des Beirates ein wesentlicher Beitrag zur Völkerverständigung sei. Natürlich gebe es auch dort immer mal wieder unterschiedliche Strömungen. Die Arbeit des Beirates helfe so der ganzen Gesellschaft.

Ratsmitglied Dr. Migl schloss sich dem Dank der anderen Fraktionen an. Sie sei froh, dass der Beirat Zeichen setze gegen Fremdenhass und Rassismus.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Errichtung einer Schulmensa bei der Berufsbildenden Schule Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 6. September 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Die Berufsbildende Schule als größte Landauer Schule sei mehr als eine gängige Ganztagschule. In Rheinland-Pfalz gebe es eine Reihe von Berufsbildenden Schulen die über entsprechende Räume verfügen. So gebe es an der BBS Mainz eine Mensa, in Germersheim ein Bistro, ebenso in Kaiserslautern, Kusel und Ludwigshafen. Denkbar wäre aus seiner Sicht auch eine Mensa in Verbindung mit der Thomas-Nast-Grundschule, um Synergien zu nutzen. Es müsse auch keine riesengroße Mensa sein.

Der Vorsitzende betonte, dass der Stadt die Berufsbildende Schule lieb und teuer sei. Seit 2010 laufe dort ein Sanierungsprogramm, das im Jahr 2025 abgeschlossen sein solle. Dann werde man dort insgesamt 22 Millionen Euro investiert haben. Er schlage vor, dies in die Haushaltsberatungen für 2019 zu verweisen.

Ratsmitglied Maier bestätigte, dass es im Moment mit dem Kiosk dort keine gute Situation habe. Die SPD-Stadtratsfraktion unterstütze insofern diesen Antrag.

Ratsmitglied Lichtenthäler sprach von einem nachvollziehbaren Bedarf für eine Mensa an der BBS. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion unterstütze dies ausdrücklich. Im Zusammenhang mit der weitergehenden Entwicklung rund um die Thomas-Nast-Grundschule und den Horstsportplatz sollte man damit sehr sensibel umgehen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion diesen Antrag unterstütze. Es gebe diesen Bedarf, vor allem auch für gesunde Ernährung.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass auch die CDU-Stadtratsfraktion den Bedarf hierfür sehe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion, die Errichtung einer Schulmensa bei der Berufsbildenden Schule zu planen, wird in die Haushaltsberatungen 2019 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Übernahme der Überwachung des fließenden Verkehrs

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 16. September 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler begründete den Antrag. Das Thema dieses Antrages sei ja nicht neu. Die Wahrscheinlichkeit, in Landau geblitzt zu werden, gehe gegen Null, obwohl es natürlich auch hier Verkehrsüberschreitungen gebe. Es gehe hier nicht darum Kasse zu machen, sondern um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer. Auch für den Lärmaktionsplan sei dies nicht unwichtig. Seitens des Landes gebe es die Möglichkeit, dass Kommunen die Überwachung des fließenden Verkehrs übernehmen. Er sei der Auffassung, dass sich Einnahmen und Ausgaben decken könnten. Im Endeffekt sei es für Landau sinnvoll, wenn auch der Antrag sicher nicht bei jedem populär sei.

Der Vorsitzende erklärte, dass dies nicht das erste Mal sei, dass sich der Stadtrat mit dieser Thematik beschäftige. Er verstehe diesen Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung. Man werde alle relevanten Fakten zusammentragen und dem Rat eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen. Dies werde aber eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Ziel wäre es, bis zu den Haushaltsberatungen 2020 eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten.

Ratsmitglied Maier war der Auffassung, dass die Stadt dies auch besser könnte als die Polizei. Man habe die bessere Ortskenntnis.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass es die FWG früher eher skeptisch gesehen habe. Auch wenn es die eigentliche Aufgabe der Polizei sei, stehe man dem jetzt offen gegenüber und unterstütze es als Prüfauftrag an die Verwaltung.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt es für sehr sinnvoll, wenn es die Stadt als kommunale Aufgabe übernehmen würde. Dies diene auch der Sicherheit im Verkehr. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion dem Prüfauftrag zustimmen werde. Es bleibe dennoch die Auffassung, dass dies eigentlich originäre Aufgabe der Polizei sei.

Ratsmitglied Hartmann fand eine Zeit von 14 Monaten für die Prüfung durch die Verwaltung eine sehr lange Zeit.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, das die Stadt Landau die Überwachung des fließenden Verkehrs von der Polizei übernimmt, wird als Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Haushaltsberatungen 2020 eine Beschlussvorlage vorzulegen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Einführung elektronisches Parkleitsystem

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 16. September 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Er sei der Meinung, dass das statische Parkleitsystem ein Versuch gewesen sei, dass aber gerade Ortsfremden nicht helfe. Mit einem elektronischen Parkleitsystem könne man den Suchverkehr reduzieren und dadurch den CO²-Ausstoß verringern. Die von der Verwaltung ermittelten Kosten von 70.000 Euro sei keine so gewaltige Summe. In das Parkleitsystem sollten sowohl die Parkhäuser als auch alle Parkflächen mit Tagesticket und Kurzzeitticket aufgenommen werden. Es sollte auch die Möglichkeit geben, dass sich Private beteiligen können. Denkbar wäre ein Chipssystem, was für den Autofahrer gut zu handhaben sei. Als Vorschlag zur Finanzierung schlage man die Erhöhung der Parkgebühren um 50 Cent vor. Grundsätzlich sei dieses Thema entscheidungsreif, eine politische Entscheidung könne getroffen werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es nachvollziehbare Gründe sowohl dafür als auch dagegen gebe. Er schlage vor, den Antrag in den Fachbeirat Mobilitätskonzept und in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass die CDU-Stadtratsfraktion jede vernünftige Maßnahme zur besseren Parkplatzfindung begrüße. Da noch Fragen offen seien, halte er eine Bewertung in einem Gesamtkontext für sinnvoll.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass das Anliegen verständlich sei. Es seien aber schon noch Einzelfragen offen. Daher folge man dem Vorschlag der Verwaltung, es im Ausschuss näher zu erörtern.

Ratsmitglied Freiermuth sah den Antrag skeptisch. Die Frage sei, ob dies tatsächlich so problemlos umsetzbar sei. Sicher sei der Grundgedanke nicht verkehrt, über die Umsetzung müsse man aber reden.

Ratsmitglied Dr. Migl begrüßte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion den Antrag.

Ratsmitglied Hartmann sagte, er werde das Gefühl nicht los, dass man jetzt alles prüfe bis der 26. Mai 2019 vorbei sei. Man könne aber die Arbeit nicht einstellen, nur weil das Mobilitätskonzept nicht fertig sei.

Ratsmitglied Dr. Bals appellierte an den Rat, auch in Zeiten des Wahlkampfes sich an die Haushaltsdisziplin zu halten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, ein elektronisches Parkleitsystem einzuführen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Quotierungsrichtlinie

Der Vorsitzende verwies auf die beiden Anträge der SPD-Stadtratsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag seiner Fraktion. Die vom Rat beschlossene Sozialquote dürfe nur so hoch sein, dass sie Investoren und damit die Bautätigkeit nicht beeinflusse. Nach allen gemachten Erfahrungen schein eine maßvolle Erhöhung von einem Viertel auf ein Drittel unschädlich zu sein. Der Änderungsantrag der Grünen wolle zwar das richtige, schieße aber seiner Meinung nach über das Ziel hinaus. Natürlich müssten Investoren in die Pflicht genommen werden. Bei Privatpersonen, die Häuser oder Wohnungen bauen, auch um für das Alter vorzusorgen, halte er das für schwierig. Der Antrag der Grünen nehme zu viel an Flexibilität. Mit einem Verweis der Anträge in den Ausschuss sei er einverstanden.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass eine höhere Quote eine gute und sinnvolle Maßnahme für unsere Stadt sei. Es habe sich gezeigt, dass die Quote nicht die Bautätigkeit behindere. Offenbar sei eine Quote von 50 % zu hoch, dies würden Erfahrungen aus anderen Städten zeigen. Der Antrag der SPD zeige, dass diese sich mit wesentlichen Aspekten nicht beschäftigt habe. Die Kategorien 1 und 2 seien relevant, davon stehe im SPD-Antrag aber kein Wort. Es sei aber wichtig, dass die Hälfte der Wohnfläche dem ersten Förderweg zur Verfügung stehen müsse. Wenn man bis zu 50 Hektar Neubaufäche ausweise und eine Quote beschließe, dann müsse auch mehr sozialer Wohnungsbau erfolgen.

Der Vorsitzende fand es bedauerlich, dass man es mit dieser Art der Diskussion schaffe, die eigenen Erfolge schlecht zu reden. Man sei eine der wenigen Städte in Deutschland die es geschafft habe, die Quote geräuschlos einzuführen. Mit dem Feilschen um ein paar Prozentpunkte mache der Rat seinen eigenen Erfolg kaputt. Die Quote mit 25 % funktioniere. Man rede hier über Grundstücke im Innenbereich, für die überhaupt noch kein Baurecht bestehe. Es gebe Bereiche in der Stadt, in denen man weit über 30 % sozialen Wohnungsbau hinausgehe. Er befürchte, dass man durch die Art dieser Diskussion Vertrauen bei Investoren verspiele. Sein Vorschlag sei, dies im Bauausschuss noch einmal zu beleuchten und zu diskutieren.

Ratsmitglied Lerch stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu. Es sei die CDU-Fraktion gewesen, die gegen den Willen des damaligen Oberbürgermeisters sozialen Wohnungsbau auf dem Baufeld 10 durchgesetzt habe. Mit der beschlossenen Quote von 25 % habe man eine gute und vernünftige Entwicklung in der Stadt von sozialem Wohnungsbau. Es sei wichtig, den Bogen nicht zu überziehen, man brauche einen vernünftigen Mix. Der CDU-Stadtratsfraktion sei aber das Thema zu wichtig, um es einfach abzulehnen. Daher sei der Vorschlag des Oberbürgermeisters vernünftig, es im Bauausschuss nochmal abzuwägen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass es sich hier um einen Überbietungswettbewerb handle. Dies sei alles andere als zielführend. Das Hauptproblem sei nicht die Quote, sondern die Gewinnung von Bauland, um überhaupt Gebäude errichten zu können. Zudem habe der Bund einige Modelle zur Förderung von sozialem Wohnungsbau angekündigt, dies sollte man jetzt abwarten. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Verweis in den Bauausschuss zu.



Ratsmitglied Dr. Migl erinnerte daran, dass die jetzt vorgeschlagene Quote von 33,3 % schon früher diskutiert worden sei. Die jetzt geltenden 25 % seien ein Kompromiss gewesen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen sei die Forderung nach einer Erhöhung der Quote aus ihrer Sicht statthaft. Die beiden Anträge könnten ein Impuls sein, uns hier weiter voranzutreiben.

Ratsmitglied Maier war der Meinung, dass die 25 % nicht in Stein gemeißelt sein dürften. Es müsse erlaubt sein, darüber nachzudenken und zu reden. Gerne könne man dies im Bauausschuss machen.

Der Vorsitzende betonte nochmals, dass die entsprechende Richtlinie jetzt erst seit wenigen Monaten gelte.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7.1. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erhöhung der Quotierungsrichtlinie

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 18. September 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 7 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, die Quote für neu zu schaffende Wohnfläche im Mietwohnungsbau im Rahmen der Quotierungsrichtlinie auf ein Drittel zu erhöhen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7.2. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Mietwohnungsbauquote erhöhen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 24. September 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 7 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, die Quotierungsrichtlinie auf 33,3 % der entstehenden Wohnfläche zu erhöhen und mindestens die Hälfte hiervon über den ersten Förderweg zu realisieren, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 12. September 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt:

- a) Frau Dr. Christine Altstötter-Gleich, Westring 22, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Hauptausschuss
- b) Herrn Aydin Tas, Marktstraße 90, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Bauausschuss
- c) Frau Dr. Christine Altstötter-Gleich, Westring 22, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss
- d) Frau Paule Albrecht, Pestalozzistraße 5, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Schulträgerausschuss
- e) Frau Dr. Christine Altstötter-Gleich, Westring 22, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Sozialausschuss
- f) Herrn Rolf Kost, Mörzheimer Straße 18, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Sportausschuss
- g) Frau Elisabeth Traunmüller, Caritaszentrum, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 18. September 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Direktorin des Amtsgerichts Landau in der Pfalz vorzuschlagen,

Herrn Ulrich Müller-Weißner, An der Hammerschmiede 5, 76829 Landau in der Pfalz

als Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk der Stadt Landau in der Pfalz zu berufen.

Er schlägt der Direktorin des Amtsgerichts Landau in der Pfalz weiter vor,

Herrn Dr. Hans-Jürgen Blinn, Guldengewann 2, 76829 Landau in der Pfalz

als stellvertretende Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Landau in der Pfalz zu berufen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Wahl einer ehrenamtlichen Richterin bzw. Richters des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 12. September 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz

Herrn Dr. Thomas Bals, Hans-Boner-Straße 4, 76829 Landau in der Pfalz, geb. am 13. Mai 1958 in Hildesheim, Zahnarzt

als ehrenamtlichen Richter vorzuschlagen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

**Aufstellung einer Kostenordnung für das Dorfgemeinschaftshaus Wollmesheim,
Wollmesheimer Hauptstraße 13, 76829 Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 25. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die vorliegende Kostenordnung (Anlage 1) für das Dorfgemeinschaftshaus Wollmesheim mit Wirkung zum 1. Oktober 2018 zu beschließen. Eine Überprüfung und ggf. Anpassung der Kostenordnung erfolgt gemeinsam mit den Kostenordnungen der anderen Dorfgemeinschaftshäusern und Turnhallen alle 5 Jahre.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 10. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 15. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)“ des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“:
Fortführung der Quartiersentwicklung mit Baugemeinschaften im „Wohnpark Am
Ebenberg“ als zweistufiges Ankernutzerverfahren auf dem Baufeld 15**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Von seiner Fraktion werde ein Antrag kommen zu einer Quote auch bei Baugruppen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Den in der Begründung formulierten Ausschreibungsbedingungen- und -kriterien des zweistufigen Konzeptvergabeverfahrens zur Vergabe der Grundstücke des Baufelds 15 (Anlage 1) an Baugemeinschaften wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die zweistufige Ausschreibung für das Baufeld 15 anhand der in der Begründung genannten Vergabekriterien vorzubereiten, zu veröffentlichen, durchzuführen und nach Abschluss der jeweiligen Verfahrensschritte (Ankernutzerausschreibung/ Anliegerausschreibung) die Vorschläge zur Vergabe von Absichtserklärungen mit Veräußerungsverzicht (Grundstücksoption) den Gremien zum Beschluss vorzulegen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Bebauungsplan „A 15, Reitschulgasse“; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass sie die Bebauung dieses Parkplatzareals störe. Verschiedene Aspekte seien in diesem Zusammenhang überhaupt noch nicht besprochen worden. Das man dort eine Neuordnung brauche, sehe sie auch, aber nicht in dieser vorgesehenen Form.

Bürgermeister Dr. Ingenthron unterstrich, dass man in nicht einfachen Gesprächen sei. Es sei dies ja in der Tat ein nicht einfaches Grundstück. Der eingereichte Bauantrag sei von einer fünfgeschossigen Kubatur ausgegangen. Jede andere Behauptung sei falsch. Es sei auch nie angedacht gewesen, diese Fläche komplett auszubauen.

Ratsmitglied Maier wies daraufhin, dass in diesem Fall ja auch die Sozialquote voll gelten würde.

Ratsmitglied Hartmann machte deutlich, dass es der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion wichtig sei, auf möglichst wenig Stellplätze hinzuwirken. Den Grünen seien auch die Bäume auf diesem Platz wichtig. Wenn schon einige wegfallen müssten, dann müsse man beispielsweise über einen Dachgarten nachdenken.

Ratsmitglied Freiermuth hielt es ebenfalls für wichtig, dass Grün an dieser Stelle weitestgehend erhalten bleibe, egal in welcher Form.

Ratsmitglied Eichhorn erkundigte sich nach den zu erwartenden Resten unter diesem Grundstück.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es bekannt sei, dass hier Festungsreste zu erwarten seien.

Ratsmitglied Schowalter hielt diesen Platz für gut und wichtig in der Stadt, deshalb sollte man hier gut entwickeln.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 1 Nein-Stimme:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau, nördlich der Reiterstraße zwischen Königstraße und Weißquartierstraße wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan „A15, Reitschulgasse“ aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes „A15, Reitschulgasse“ ortsüblich bekannt zu machen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans „A 15, Reitschulgasse“ der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 1 Nein-Stimme:

1. Für das Gebiet der Gemarkung Landau, nördlich der Reiterstraße - zwischen Königstraße und Weißquartierstraße - wird eine Veränderungssperre gem. § 14 Abs. 1 i. V. m. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung der Veränderungssperre ortsüblich bekannt zu machen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Ausweisung des Sanierungsgebiets „Rosenplatz“ - Satzungsbeschluss

Ratsmitglied Dr. Migl war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja,- 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

Für den in der Anlage 1.1 definierten Geltungsbereich

1. wird der Bericht zu den Vorbereitenden Untersuchungen für eine förmliche Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes „Rosenplatz“ zur Kenntnis genommen (Anlage 2).
2. werden die im Rahmen der Betroffenenbeteiligung gem. § 137 BauGB (Anlage 3), der Beteiligung der stadtverwaltungsinternen Fachstellen (Anlage 4) sowie der vorgebrachten Stellungnahmen der öffentlichen Aufgabenträger gem. § 139 BauGB (Anlage 5) entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom 02. August 2018 abgewogen. Die Synopsen sind Bestandteil dieses Beschlusses.
3. wird die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Rosenplatz“ als Satzung (Sanierungssatzung, Anlage 1.1) gem. § 142 Abs. 3 BauGB beschlossen.
4. wird der Beschluss vom 23. Mai 2017 über die Einleitung der Vorbereitenden Untersuchungen mit Wirkung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Sanierungssatzung aufgehoben (Anlage 6, räumlicher Geltungsbereich der Vorbereitenden Untersuchungen).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Initiative „Landau baut Zukunft“; Bebauungsplan „WH 4, An den Finkenwiesen“ in Wollmesheim, Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 5. September 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass diese Entwicklungen besonders positiv für die Entwicklung eines Ortsteiles sei. Es sei dies ein guter Tag für Wollmesheim

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Wollmesheim (Flurstücke 3186, 3187, 3188, 3189, 3430, 3431, 3432, 3433 und je teilweise 3494/1 und 3439) wird der Bebauungsplan „WH 4, An den Finkenwiesen“ aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der Planungsziele vorzunehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Jahresabschluss 2017 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 20. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Kolain dankte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem GML für die engagierte Arbeit.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2017 mit einer Bilanzsumme von 129.545.777,37 EURO, konsolidiert aus dem Sparten-Jahresabschluss des Gebäudebestandes Landau mit einer Bilanzsumme von 119.787.913,93 EURO und des Wohnhausbesitzes mit einer Bilanzsumme von 10.131.397,80 EURO.
2. Den Jahresgewinn in Höhe von 488.742,86 EURO, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige
 - Gebäudebestand mit einem Jahresgewinn von 252.198,36 EURO
 - Wohnhausbesitz mit einem Jahresgewinn von 236.544,50 EUROZusammensetzt, in den einzelnen Sparten als Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen und zu buchen.
3. Den in der Anlage beigefügten und aus der Jahresrechnung 2017 abgeleiteten Beteiligungsbericht des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb.
4. Die Entlastung der Werkleitung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Zukunft Erfassung Leichtverpackungen in Landau; Einführung einer gelben Tonne

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 14. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es habe hier ein sehr bürgernahe Prozess stattgefunden.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion sehr für die Einführung der gelben Tonne sei. Allerdings sei das Verteilungsgebiet der Gelben Tonne hier zu klein geraten. Es seien zu viele Einfamilienhausgebiete wie z.B. das Fliegerviertel ausgenommen, obwohl hier die Einführung der Gelben Tonne problemlos möglich wäre. Die Bürgerbeteiligung sei hier an ihre Grenzen gestoßen. Man hätte hier eine klare Ansage der Stadtspitze erwartet. Die FWG-Stadtratsfraktion werde sich daher enthalten.

Ratsmitglied Maier teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde.

Ratsmitglied Dr. Bals unterstrich, dass auch die CDU-Stadtratsfraktion die gelbe Tonne im Prinzip als richtig ansehe. Man werde daher mehrheitlich zustimmen. Allerdings habe man hier Wohngebiete ausgelassen, die hierfür sinnvoll seien.

Bürgermeister Dr. Ingenthron machte deutlich, dass dies das Ergebnis eines Prozesses sei, der monatelang diskutiert worden sei. Er halte es für richtig, es schrittweise zu machen.

Ratsmitglied Freiermuth hielt es nicht für gut, jetzt den gelben Sack gegen die gelbe Tonne auszuspielen. Gewisse Dinge könnten dennoch optimiert werden, es gebe ja Lösungsmöglichkeiten.

Ratsmitglied Heß begrüßte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Vorschlag der Verwaltung.

Ratsmitglied Dr. Migl stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ebenfalls der Vorlage zu. Sie begrüße die schrittweise und behutsame Einführung dieser Gelben Tonne.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

- a. Für das gesamte Gebiet der Stadt Landau in der Pfalz wird grundsätzlich eine gelbe Tonne für die Sammlung von Leichtverpackungen den Dualen Systemen vorgeschrieben.
- b. Von dem unter a genannten Grundsatz werden Ausnahmen für die Kernstadt und überwiegend mit Mehrfamilienhäuser bebauten Arealen zugelassen, siehe Anlage 1. Hier erfolgt die Erfassung weiterhin mittels gelber Säcke. Vor Ablauf der jeweiligen Abstimmungsvereinbarungen wird geprüft, ob die Ausnahmen verlängert werden.
- c. Der EWL wird beauftragt mit dem Vertreter der Dualen Systeme eine entsprechende Abstimmungsvereinbarung abzuschließen. Wenn keine Einigkeit Zustand kommt, hat der EWL gemäß § 22 Absatz 2 des Gesetzes



zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von Wertstoffen (VerpackG) einen schriftlichen Verwaltungsakt zur Umsetzung des kommunalen Willens zu erlassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Vorsorgekonzept Starkregen und Gewässerüberflutung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 5. September 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Problematik von Starkregen habe natürlich im wesentlichen mit dem Kanalsystem zu tun, aber eben nicht nur damit.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. die Aufstellung eines Vorsorgekonzeptes gegen Starkregen und Gewässerüberflutungen entsprechend der Vorgaben der Landes Rheinland-Pfalz
2. die Mittel werden im Vorgriff auf den Haushalt 2019 und 2020 in Höhe von 80.000 Euro bereitgestellt.
3. mit der Projektsteuerung wird der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau beauftragt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Notwendige Besetzung von ausgeschriebenen Stellen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personalabteilung vom 24. September 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Es wird zugestimmt, dass den ausgewählten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, für deren Einstellung der Hauptausschuss bzw. der Stadtrat nach § 47 Abs. 2 GemO zustimmen muss, in der Zeitspanne zwischen 26. September 2018 bis 30. Oktober 2018 zeitnah eine Einstellungszusage erteilt werden kann.

Der Hauptausschuss wird in seiner nächsten Sitzung am 30. Oktober 2018 über die Personalauswahl informiert.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Eggers erkundigte sich nach dem Sachstand hinsichtlich des Konzeptes zur Vergrämung der Saatkrähen.

Beigeordneter Klemm erläuterte, dass das beauftragte Konzept mittlerweile fertig sei und im Oktober in öffentlicher Sitzung im Umweltausschuss vorgestellt werde.

Ratsmitglied Klein bat um Informationen zum Baugebiet Bittenweg in Arzheim. Es seien in Arzheim rund 35 Eigentümer betroffen, die über den gebotenen Preis verärgert seien. Viele würden sich ein persönliches Gespräch seitens der Stadt wünschen. Dies sei auch wesentlich effektiver. Ihre Frage sei, wie hier weiter vorgegangen werde.

Der Vorsitzende unterstrich, dass man mit allen in Kontakt sei, die mit uns in Kontakt sein wollen. Es habe eine Informationsveranstaltung gegeben und man biete allen Gesprächen an.



Die Niederschrift über die 40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 25.09.2018 umfasst 29 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 310.

Vorsitzender

Gesehen

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter